

1121

Mémorial

du

Grand-Duché de Luxembourg.



Memorial

des

Großherzogtums Luxemburg.

Dimanche, 15 septembre 1918.

N^o 57.

Sonntag, 15. September 1918.

Arrêté grand-ducal du 13 septembre 1918, concernant l'approbation des arrangements conclus le 10 août / 12 septembre 1918 entre le Grand-Duché et l'Allemagne au sujet du tarif des objets de correspondances, des mandats-poste ainsi que des colis avec et sans déclaration de valeur.

Nous MARIE-ADÉLAÏDE, par la grâce de Dieu Grande-Duchesse de Luxembourg, Duchesse de Nassau, etc., etc., etc.;

Vu les arrangements signés à Berlin le 10 août 1918 et à Luxembourg le 12 septembre 1918, entre l'administration des postes du Grand-Duché et celle de l'Empire d'Allemagne, au sujet du tarif des objets de correspondances, des mandats-poste ainsi que des colis avec et sans déclaration de valeur;

Vu les conventions et arrangements du Congrès postal universel de Rome du 26 mai 1906, approuvés en vertu de l'art. 2 de la loi du 15 février 1892;

Notre Conseil d'État entendu;

Sur le rapport de Notre Ministre d'État, Président du Gouvernement, et après délibération du Gouvernement en conseil;

Avons arrêté et arrêtons:

Art. 1^{er}. Les arrangements prémentionnés du 10 août / 12 septembre 1918 sont approuvés et seront publiés au *Mémorial* pour être exécutés et observés dans le Grand-Duché à partir du 1^{er} octobre 1918.

Großh. Beschluß vom 13. September 1918, wodurch die zwischen Luxemburg und Deutschland am 10. August / 12. September 1918 getroffenen Abkommen, betreffend die Gebühren der Briefpostgegenstände, der Postanweisungen sowie der Pakete mit und ohne Wertangabe, genehmigt werden.

Wir Maria Adelheid, von Gottes Gnaden Großherzogin von Luxemburg, Herzogin zu Nassau, etc., etc., etc.;

Nach Einsicht der am 10. August 1918 in Berlin und am 12. September 1918 in Luxemburg unterzeichneten Abkommen zwischen der Postverwaltung des Großherzogtums und derjenigen des deutschen Reichs, betreffend die Gebühren der Briefpostgegenstände, der Postanweisungen sowie der Pakete mit und ohne Wertangabe;

Nach Einsicht der am 26. Mai 1906 auf dem Weltpostkongress in Rom geschlossenen Verträge und Übereinkommen, welche kraft Art. 2 des Gesetzes vom 15. Februar 1892 genehmigt worden sind;

Nach Anhörung Unseres Staatsrates;

Auf den Bericht Unseres Staatsministers, Präsidenten der Regierung, und nach Beratung der Regierung im Konseil;

Haben beschlossen und beschließen:

Art. 1. Borerwähnte Abkommen vom 10. August / 12. September 1918 sind genehmigt und sollen im „Memorial“ veröffentlicht werden, um im Großherzogtum vom 1. Oktober ab ausgeführt und befolgt zu werden.

Art. 2. Notre Ministre d'Etat, Président du Gouvernement, est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Château de Berg, le 13 septembre 1918.

MARIE-ADÉLAÏDE.

*Le Ministre d'Etat,
Président du Gouvernement,
L. KAUFFMAN.*

Art. 2. Unser Staatsminister, Präsident der Regierung, ist mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Schloß Berg, den 13. September 1918.

Maria Adelheid.

Der Staatsminister,
Präsident der Regierung,
L. Kauffman.

Zusatzabkommen zu der am 15./23. Februar 1878 zwischen der Großherzoglich Luxemburgischen Postverwaltung und der Deutschen Reichs-Postverwaltung abgeschlossenen Post-Übereinkunft.

Zwischen der Großherzoglich Luxemburgischen Postverwaltung, vertreten durch den Großherzoglich Luxemburgischen Staatsminister, Präsidenten der Regierung Kauffman, einerseits, und der Deutschen Reichs-Postverwaltung, vertreten durch den Unterstaatssekretär im Reichs Postamt, Wirklichen Geheimen Rat Sobelt, andererseits, ist in Abänderung des Art. 9, Abs. 2 und 3 der vorbezeichneten Übereinkunft vom 15./23. Februar 1878 und der hierzu später getroffenen schriftlichen Verhandlungen Nachstehendes vereinbart worden.

Art. 1. - Für Postanweisungen im Verkehr zwischen Luxemburg und Deutschland gelten folgende Portosätze:

A. für Postanweisungen aus Luxemburg

bis 40 M., 20 Pf., mithin kein Zuschlag gegen den bisherigen Satz,
über 40 M. bis 100 M., 30 Pf., mithin 10 Pf. Zuschlag gegen den bisherigen Satz,
über 100 M. bis 200 M., 40 Pf., mithin 10 Pf. Zuschlag gegen den bisherigen Satz,
über 200 M. bis 400 M., 50 Pf., mithin 10 Pf. Zuschlag gegen den bisherigen Satz,
über 400 M. bis 600 M., 70 Pf., mithin 10 Pf. Zuschlag gegen den bisherigen Satz,
über 600 M. bis 800 M., 90 Pf., mithin 10 Pf. Zuschlag gegen den bisherigen Satz.

B. für Postanweisungen aus Deutschland

bis 100 M., 25 Pf., mithin 5 Pf. Zuschlag gegen den bisherigen Satz,
über 100 M. bis 200 M., 40 Pf., mithin 10 Pf. Zuschlag gegen den bisherigen Satz,
über 200 M. bis 400 M., 50 Pf., mithin 10 Pf. Zuschlag gegen den bisherigen Satz,
über 400 M. bis 600 M., 60 Pf., mithin kein Zuschlag gegen den bisherigen Satz,
über 600 M. bis 800 M., 80 Pf., mithin kein Zuschlag gegen den bisherigen Satz.

Die neuen Zuschläge verbleiben der Verwaltung, die sie erhebt; die übrig bleibende Gebühr wird zwischen den beiden vertragschließenden Verwaltungen wie bisher halbscheidlich geteilt.

Art. 2. — Das gegenwärtige Zusatzabkommen soll am 1. Oktober 1918 in Kraft treten und die gleiche Dauer haben wie die Übereinkunft vom 15./23. Februar 1878.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten das gegenwärtige Abkommen in doppelter Ausfertigung unterzeichnet.

So geschehen zu

Luxemburg, den 12. September 1918.

Berlin, den 10. August 1918.

Für die Großherzoglich Luxemburgische
Postverwaltung,
Der Staatsminister, Präsident der Regierung,
L. Kauffmann.

Für die Kaiserlich Deutsche
Reichs-Postverwaltung,
R o b e l t.

Zweites Zusatzabkommen, zu dem am 20. August 1902 zwischen der Großherzoglich Luxemburgischen Postverwaltung und der Deutschen Reichs-Postverwaltung abgeschlossenen Uebereinkommen, betreffend die Ermäßigung des Briefportos im wechselseitigen Verkehr.

Zwischen der Großherzoglich Luxemburgischen Postverwaltung, vertreten durch den Großherzoglich Luxemburgischen Staatsminister, Präsident der Regierung Kauffmann, einerseits, und der deutschen Reichs-Postverwaltung, vertreten durch den Vize-Reichssekretär im Reichs-Postamt, wirklichen Geheimen Rat Sobelt andererseits, ist in Abänderung der Art. 1 und 2 des zum vorbezeichneten Uebereinkommen vom 20. August 1902 getroffenen Zusatzabkommens vom 19./24. Juli 1916 Nachstehendes vereinbart worden.

Art. 1. — Aus Deutschland nach Luxemburg und umgekehrt aus Luxemburg nach Deutschland gelten folgende Portosätze:

a) für Postkarten:

	Richtung aus Deutschland nach Luxemburg	Richtung aus Luxemburg nach Deutschland
einfach: freigemacht.....	10 Pf.	10 Ct.
nicht freigemacht.....	20 Pf.	20 Ct.
mit Antwort.....	20 Pf.	20 Ct.

b) für Drucksachen:

bis 50 g einschließlich.....	5 Pf.	5 Ct.
über 50 g bis 100 g einschließlich.....	7½ Pf.	10 Ct.
über 100 g bis 250 g einschließlich.....	15 Pf.	17½ Ct.
über 250 g bis 500 g einschließlich.....	25 Pf.	30 Ct.
über 500 g bis 1000 g einschließlich.....	35 Pf.	42½ Ct.

c) für Warenproben:

bis 100 g einschließlich.....	10 Pf.	12½ Ct.
über 100 g bis 250 g einschließlich.....	15 Pf.	17½ Ct.
über 250 g bis 350 g einschließlich.....	25 Pf.	30 Ct.

d) für Geschäftspapiere und Mischsendungen:

bis 250 g einschließlich.....	15 Pf.	17½ Ct.
über 250 g bis 500 g einschließlich.....	25 Pf.	30 Ct.
über 500 g bis 1000 g einschließlich.....	35 Pf.	42½ Ct.

Art. 2. — Hinsichtlich der Briefe tritt eine Gebührenänderung nicht ein.

Art. 3. — Das gegenwärtige Zusatzabkommen soll am 1. Oktober 1918 in Kraft treten und die gleiche Dauer haben wie das Übereinkommen vom 20. August 1902.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten das gegenwärtige Abkommen in doppelter Ausfertigung unterzeichnet.

So geschehen zu

Luxemburg, den 12. September 1918.
Für die Großh. Luxemburgische Postverwaltung,
Der Staatsminister, Präsident der Regierung,
L. Kauffmann.

Berlin, den 10. August 1918.
Für die kaiserliche Deutsche
Reichs-Postverwaltung,
Stobelt.

Drittes Zusatzabkommen zu dem am 4. April 1873 zwischen der Großh. Luxemburgischen Postverwaltung und der Deutschen Reichs-Postverwaltung abgeschlossenen Übereinkommen, betreffend den gegenseitigen Austausch von Paketen mit und ohne Wertangabe.

Zwischen der Großh. Luxemburgischen Postverwaltung, vertreten durch den Großh. Luxemburgischen Staatsminister, Präsidenten der Regierung Kauffmann, einerseits, und der Deutschen Reichs-Postverwaltung, vertreten durch den Unterstaatssekretär im Reichs-Postamt, wirklichen Geheimen Rat Stobelt, andererseits ist in Abänderung der Art. 1 und 2 des zum vorbezeichneten Übereinkommen vom 4. April 1873 gelassenen zweiten Zusatzabkommens vom 19./24. Juli 1916 Nachstehendes vereinbart worden.

Art. 1. — Das Gewichtsporto für Pakete bis 5 kg. mit oder ohne Wertangabe im Verkehr zwischen Deutschland und Luxemburg wird in beiden Richtungen für den Nahverkehr (erste Zone) auf 55 Pf. und für den übrigen Verkehr auf 80 Pf. festgesetzt.

Hiervon entfallen:

A. Für Pakete aus Deutschland:

	an die Deutsche Reichs- Postverwaltung	an die Luxemburgische Postverwaltung
a) im Nahverkehr	55 Pf.	20 Pf.
b) im übrigen Verkehr.....	80 Pf.	20 Pf.

B. für Pakete aus Luxemburg:

a) im Nahverkehr	25 Pf.	30 Pf.
b) im übrigen Verkehr	50 Pf.	30 Pf.

Art. 2. — Für Pakete über 5 kg. wird außer den bis jetzt bestehenden Portosätzen für jedes Paket folgender Zuschlag erhoben:

a) im Nahverkehr (erste Zone)	10 Pf.
b) im übrigen Verkehr.....	30 Pf.

Diese Zuschläge verbleiben der Verwaltung, die sie erhebt. Zum übrigen tritt eine Änderung in der Teilung der Gebühren zwischen den beiden vertragschließenden Verwaltungen nicht ein.

Art. 3. — Das gegenwärtige Zusatzabkommen soll am 1. Oktober 1918 in Kraft treten und die gleiche Dauer haben wie das Übereinkommen vom 4. April 1873.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten das gegenwärtige Abkommen in doppelter Ausfertigung unterzeichnet.

<p style="text-align: right;">So geschehen zu Luxemburg, den 12. September 1918. Für die Großh. Luxemburgische Postverwaltung, Der Staatsminister, Präsident der Regierung, L. Kauffman.</p>	<p style="text-align: left;">Berlin, den 10 August 1918. Für die Kaiserlich Deutsche Reichs-Postverwaltung, Kobelt.</p>
--	---

Arrêté grand-ducal du 13 septembre 1918, approuvant diverses modifications et ajoutées à l'annexe C du règlement d'exploitation des chemins de fer Guillaume-Luxembourg.

Nous MARIE-ADÉLAÏDE, par la grâce de Dieu Grande-Duchesse de Luxembourg, Duchesse de Nassau, etc., etc., etc.;

Vu l'art. 7 du traité du 11 novembre 1902, approuvé par la loi du 3 avril 1903, concernant l'exploitation des chemins de fer Guillaume-Luxembourg;

Revu l'arrêté grand-ducal du 27 mars 1909, portant approbation du nouveau règlement d'exploitation pour les dits chemins de fer du 17-23 décembre 1908;

Notre Conseil d'État entendu;

Sur le rapport de Notre Directeur général des travaux publics, et après délibération du Gouvernement en conseil;

Avons arrêté et arrêtons:

Art. 1^{er}. Sont approuvées, sous le mérite des réserves insérées dans l'arrêté grand-ducal susdit du 27 mars 1909, les dispositions complémentaires et modificatives ci-après relatées à introduire à l'annexe C du règlement précité du 17-23 décembre 1908:

Ar. 1 a. Sprengstoffe.

Eingangsbestimmungen. A. Sprengmittel.

2. Gruppe h.

Der mit „Chloratbalburil“ beginnende Absatz wird gefaßt:

Großh. Beschluß vom 13. September 1918, wodurch verschiedene Abänderungen und Ergänzungen der Anlage C zum Betriebsreglement (Verkehrsordnung) der Wilhelm-Luxemburg-Eisenbahnen genehmigt wird.

Wir Maria Adelheid, von Gottes Gnaden Großherzogin von Luxemburg, Herzogin zu Nassau, etc., etc., etc.;

Nach Einsicht des Art. 7 des Vertrags vom 11. November 1902, genehmigt durch Gesetz vom 3. April 1903, den Betrieb der Wilhelm-Luxemburg-Eisenbahnen betreffend;

Nach Wiedereinsicht des Großh. Beschlusses vom 27. März 1909, wodurch das neue Betriebsreglement (Verkehrsordnung) vom 17./23. Dezember 1908 für genannte Eisenbahnen genehmigt wird;

Nach Anhörung Unseres Staatsrates;

Auf den Bericht Unseres General-Direktors der öffentlichen Arbeiten, und nach Beratung der Regierung im Konseil;

Haben beschlossen und beschließen:

Art. 1. Nachstehende Abänderungen und Ergänzungen der Anlage C zu oben erwähntem Betriebsreglement (Verkehrsordnung) vom 17./23. Dezember 1908 sind unter Beachtung der in vorbezogenem Beschlusse vom 27. März 1909 enthaltenen Vorbehalte genehmigt:

Chloratbaldwirk, auch mit angehängten Buchstaben oder Zahlen (Gemenge von höchstens 78 Prozent Kaliumchlorat, höchstens 14 Prozent aromatischen Nitrokohlenwasserstoffen, nicht gefährlicher als Nohbinitrotoluol, von Pflanzenmehlen, z. B. Holzmehl, anderen ^{und} _{oder} Kohlenstoffträgern, wie flüssigen Paraffin, auch mit Alkalichloriden oder Alkaliogalaten, auch mit höchstens 4 Prozent gelatinisiertem Nitroglyzerin).

Hinter dem mit „Gesteins-Noronit I“ beginnenden Absatz wird nachgetragen:

Gesteins-Noronit S (Gemenge von höchstens 81 Prozent Kaliumchlorat oder 79 Prozent Natriumchlorat oder 79 Prozent eines Gemisches von Kalium- und Natriumchlorat, höchstens 16 Prozent Mononitronaphthalin, Holzmehl, auch mit höchstens 4 Prozent Nitroglyzerin oder Nitroglykol, auch mit Anthrazenöl oder ähnlichen Kohlenwasserstoffen oder Ölen).

Nr. I a. Zündwaren und Feuerwerkskörper.

Beförderungsvorschriften. A. Verpackung.

Zu Abs. 2 d) h) am Ende wird ein Sternchen *) und am Ende der Seite folgende Nummerung gesetzt:

*) Während des Krieges können statt der Blechbüchsen auch kräftige zylindrische Pappbüchsen mit dicht aufgeschobenen Deckeln verwendet werden

Jede Büchse darf höchstens 12 Zündbandrollen, jede Rolle höchstens 66 Zündpillen enthalten. In einem Paket dürfen höchstens 12 Pappbüchsen vereinigt werden. Zwischen je zwei Zündbandrollen ist eine Pappscheibe zu legen, die genau in die Büchse paßt.

Art. 2. Notre Directeur général des travaux publics est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Château de Berg, le 13 septembre 1918.

MARIE-ADÉLAÏDE

Le Directeur général
des travaux publics,
A. LEFORT

Art. 2. Unser General-Direktor der öffentlichen Arbeiten ist mit der Ausführung gegenwärtigen Beschlusses beauftragt.

Schloß Berg, den 13. September 1918.

Maria Adelheid.

Der General-Direktor
der öffentlichen Arbeiten,
A. L e f o r t.

Bekanntmachung. — Eisenbahnwesen.

In Gemäßheit des Schlußabzages der Vereinbarung vom 30. Juni 1893 („Memorial“ S. 323,) erleichternde Vorschriften für den Eisenbahnfrachtverkehr zwischen Luxemburg und Deutschland betreffend, können die in der Anlage (zum vorstehenden Betriebsreglement (Verkehrsordnung)) vorgesehenen Bestimmungen über bedingungsweise zur Beförderung zugelassene Gegenstände auch im luxemburgisch-deutschen Wechselverkehr zur Anwendung.

Luxemburg, den 13. September 1918.

Der General-Direktor der öffentlichen Arbeiten,
A. L e f o r t.

Bekanntmachung. — Zollwesen.

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1918 ab tritt eine Reihe von Änderungen und Ergänzungen des Warenverzeichnisses zum Zolltarif und der Anleitung für die Zollabfertigung in Kraft.

Diese neuen Bestimmungen liegen bei den Zollstellen zur Einsicht des Publikums offen.
Luxemburg, den 13. September 1918.

Der Staatsminister, Präsident der Regierung,
L. K a u f f m a n.

Avis. — Notariat.

Conformément à l'art. 70 de l'ordonnance r. g.-d. du 3 octobre 1841, sur le notariat, les héritiers de feu M. le notaire Charles Faber ont désigné M. Edmond Faber, notaire à Bettembourg comme dépositaire définitif des minutes et répertoires de l'étude Faber.

Luxembourg, le 13 septembre 1918.

*Le Directeur général de la justice
et de l'instruction publique,*
L. MOUTRIER.

Bekanntmachung. — Notariat.

Zu Gemäßheit des Art. 70 der kgl. Großherzoglichen Verordnung vom 3. Oktober 1841, über das Notariat, haben die Erben des verstorbenen Notars Hrn. Karl Faber, Hrn. Edmond Faber, Notar in Bettembourg, zum definitiven Depositär der Urkunden und Repertorien der Amtsstube Faber bestellt.

Luxembourg, den 13. September 1918.

Der General-Direktor der Justiz
und des öffentlichen Unterrichts,
L. Moutrier.

Avis. — Postes et télégraphes.

Par arrêté grand-ducal du 11 septembre courant M. Jean-Pierre Wampach, sous-chef de bureau à la Direction des postes et des télégraphes, a obtenu, sur sa demande, démission honorable de ses fonctions.

Le titre de percepteur honoraire des postes lui a été accordé par le même arrêté.

Luxembourg, le 12 septembre 1918.

*Le Ministre d'Etat,
Président du Gouvernement,*
L. KAUFFMAN.

Bekanntmachung. — Post- und Telegraphen.

Durch Großh. Beschluß vom 11. September ist Hrn. Joh. Peter Wampach, Unterbureauvorsteher bei der Post- und Telegraphendirektion, auf sein Ersuchen, ehrenvolle Entlassung aus seinem Amte bewilligt worden.

Durch denselben Beschluß ist ihm der Titel eines Ehren-Postperzeptors verliehen worden.

Luxembourg, den 12. September 1918.

Der Staatsminister,
Präsident der Regierung,
L. K a u f f m a n.

Avis. - Absence.

Par jugement du tribunal d'arrondissement de Luxembourg en date du 31 juillet 1918, M. Michel Stemmler, précédemment domicilié à Hamm, émigré en Amérique en 1890, aujourd'hui sans domicile ni résidence connus, a été déclaré en état d'absence.

Bekanntmachung. — Abwesenheit.

Durch Urteil des Bezirksgerichtes zu Luxemburg vom 31. Juli 1918 ist Hr. Michel Stemmler, ehedem wohnhaft zu Hamm, 1890 nach Amerika ausgewandert, zurzeit ohne bekannten Wohnsitz und Aufenthalt, für abwesend erklärt worden.

La présente publication a lieu en conformité de l'art. 118 du Code civil.

Luxembourg, le 12 septembre 1918.

*Le Directeur général de la justice
et de l'instruction publique,*
L. MOUTRIER.

Avis. — Jury d'examen.

M. Michel *Bové* de Brachtenbach, étant empêché de se présenter aux examens pour les doctorats en chirurgie et en accouchement, les publications au n° 51 du *Mémorial* de l'année courante, en tant qu'elles concernant l'examen de ce récipiendaire, sont rapportées.

Luxembourg, le 10 septembre 1918.

*Le Directeur général de la justice
et de l'instruction publique,*
L. MOUTRIER.

Avis. — Relations diplomatiques.

Par arrêté grand-ducal du 14 septembre et, démission honorable à été accordée, sur sa demande, à M. Ernest *Arendt*, de ses fonctions de Chargé d'affaires du Grand-Duché à Berlin, avec remerciements pour ses bons et loyaux services.

Luxembourg, le 14 septembre 1918.

*Le Ministre d'Etat,
Président du Gouvernement,*
L. KAUFFMAN.

Avis. — Relations diplomatiques.

Par arrêté grand-ducal du 14 septembre et, M. Jean-Pierre *Kirsch*, Conseiller à la Cour supérieure de justice, Président de la Commission d'instruction à Luxembourg, a été nommé Chargé d'Affaires du Grand-Duché à Berlin.

Luxembourg, le 14 septembre 1918.

*Le Ministre d'Etat,
Président du Gouvernement,*
L. KAUFFMAN.

Diese Veröffentlichung geschieht in Gemäßheit des Art. 118 des Zivilgesetzbuches.

Luxemburg, den 12. September 1918.

Der General-Direktor der Justiz
und des öffentlichen Unterrichts,
L. Moutrier.

Bekanntmachung. — Prüfungsjury.

Da Hr. Michel *Bové* aus Brachtenbach verhindert ist, an den Prüfungen für die Doktorate der Chirurgie und Geburtshilfe teilzunehmen, sind die Bekanntmachungen in Nr. 51 des „*Mémoriale*“ des laufenden Jahres widerrufen, soweit sie sich auf die Prüfung dieses Rezipienden beziehen.

Luxemburg, den 10. September 1918.

Der General-Direktor der Justiz
und des öffentlichen Unterrichts,
L. Moutrier.

Bekanntmachung. — Diplomatische Beziehungen.

Durch Großh. Beschluß vom 14. September d. J. ist dem Herrn Ernst *Arendt*, auf sein Ansuchen, ehrenvolle Entlassung aus seinem Amte als Geschäftsträger des Großherzogtums zu Berlin, mit Dank für seine guten und treuen Dienste bewilligt worden.

Luxemburg, den 14. September 1918.

Der Staatsminister,
Präsident der Regierung,
L. Kauffman.

Bekanntmachung. — Diplomatische Beziehungen.

Durch Großh. Beschluß vom 14. September d. J. ist Hr. Johann Peter *Kirsch*, Obergerichtsrat, Präsident der Unterrichtscommission zu Luxemburg, zum Geschäftsträger des Großherzogtums in Berlin ernannt worden.

Luxemburg, den 14. September 1918.

Der Staatsminister,
Präsident der Regierung,
L. Kauffman.